

Prof. Dr. Alexander Windoffer: Rederecht in der SVV Potsdam am 03.12.2025

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Stadtverordnete, meine Damen und Herren, vielen Dank für das Rederecht. Ich spreche aus Sicht der Potsdamer Projektgegner, die zwar noch nicht institutionalisiert sind, aber dennoch existieren. Denn das Campusprojekt steht paradigmatisch für die Urpathologie der Potsdamer Stadtpolitik, sich den Wünschen eines dominanten Investors bedingungslos und ohne Rücksicht auf die Konsequenzen zu unterwerfen. Entsprechend gerät auch die vorliegende Planung von A bis Z pathologisch.

So fehlt bereits die Erforderlichkeit in Gestalt einer relevanten eigenen städtebaulichen Konzeption. Das Projekt wurde über die Köpfe der Stadt hinweg ausgeheckt, gleichsam als PPP zu Lasten Dritter, denn die Zeche zahlt die Potsdamer Bevölkerung. Dennoch macht sich die Stadt die Projektziele unreflektiert zu eigen und übernimmt auch die begleitenden Narrative, obwohl erkennbar reine Augenwischerei.

So wird als Grund allenthalben der Expansionswunsch des Investors genannt, der den öffentlichen Akteuren offenbar ungeprüft zum Befehl gereicht. Gleiches gilt für Marketing-Gags wie die KI-Souveränität, welche sich als tagesaktuelle Herausforderung schwerlich mit der Projektperspektive von 10 bis 15 Jahren bis zum Ausbau am Griebnitzsee verträgt. Auch das großspurige Ziel der Entwicklung zu Europas führendem Standort in Digitaler Wissenschaft mit unzähligen Start-up-Gründungen etc. kontrastiert mit der ernüchternden Realität von mittlerweile 27 Jahren kontinuierlichen Wachstums des HPI ohne nennenswerte Bewegung in Richtung märkisches Silicon Valley. Dass die Einnahme des alten DRK-Gebäudes am Griebnitzsee nach Vertreibung der ansässigen Fakultäten an dieser Provinzialität etwas ändern würde, darf bezweifelt werden. Allerdings ist dies auch gut so, denn eine Flutung Potsdams mit zahlungskräftigen IT-Experten leistete ohne Not einer weiteren Gentrifizierung mit nachteiligen Effekten auf den Wohnungsmarkt Vorschub, von denen mittlerweile ja auch gutverdienende Stadtoberhäupter nicht mehr verschont bleiben.

Die physische Expansion, für Möchtegern-Champions des Digitalen übrigens ein erstaunliches Verharren in analoger Territorialität, bedient mithin primär das Selbstdarstellungsbedürfnis des Investors, der am Campus Griebnitzsee sein kleines Königreich ohne störende Koexistenz mit anderen Fakultäten vollenden möchte. Auch geht es wie stets ums liebe Geld. Denn je umfangreicher das HPI seinem wichtigsten Partner SAP als Ideenschmiede dient, desto vorteilhafter entwickelt sich der Aktienkurs und damit das Vermögen des Investors und seiner Stiftung als milliardenschwere Anteilseigner von SAP.

Von wenig Einblick in die Forschungslandschaft zeugt auch die Annahme einer synergetischen Vernetzung der Juristen, Ökonomen und Sozialwissenschaftler mit den naturwissenschaftlichen Einrichtungen am Telegrafenberg, liegen diese doch fachlich am denkbar weitesten auseinander. Welche Bewandtnis ferner „Labore“ besitzen, so der Beschlussvorschlag, bleibt ein Rätsel. Sollen am Brauhausberg etwa Paragraphen- oder Bitcoin-Kulturen gezüchtet werden?

Jenseits der fehlenden Erforderlichkeit verstößt die Planung auch gegen zwingendes Recht: So untersagt die geltende Trinkwasserschutzverordnung Leipziger Straße die Umwandlung von

Wald, der am Brauhausberg reichlich vorhanden ist, sowie eine Überplanung im vorgesehenen Umfang, die ja durch die recht erratische nachträgliche Aufnahme nun auch eines Wohnheims eine zusätzliche Verdichtung erführe. Zur massiven oberirdischen Versiegelung dieses winzigen und völlig ungeeigneten Geländes tritt eine Unterminierung; denn wo sonst wollen Sie die Parkplätze für 6.000 bis 8.000 Personen errichten, die längst nicht alle autofrei anreisen? Würde dieses Verbot wiederum aufgehoben, läge offen zutage, dass Land und Stadt die nachhaltige Sicherung der zunehmend prekären Trinkwasserversorgung der Potsdamer Bevölkerung als nachrangig einstufen gegenüber den symbolischen und ökonomischen Interessen des Investors.

Wie Sie angesichts dieses nichtigen Anlasses eine Abkehr von den eigenen planerischen Zielsetzungen, nämlich mehr Grün und weniger Bebauungsdichte im Naherholungsgebiet Brauhausberg, die verheerenden Eingriffe in Natur und Landschaft einschließlich Rodung von Wald, die Opferung der essenziellen mikroklimatischen Funktion des Gebiets, die höchst aufwändige verkehrliche Erschließung, die Verlagerung zusätzlicher Verkehrsströme in eine ohnehin chronisch überlastete Innenstadt, sowie nicht ansatzweise erkennbare Erwägungen zu Standortalternativen vor dem Abwägungsgebot rechtfertigen möchten, bleibt gespannt abzuwarten. Der schlichte Hinweis auf die Erwartungen Ihres dominanten Investors wird vor Gericht schwerlich verfangen, denn wenigstens die Dritte Gewalt ist glücklicherweise noch nicht „privatfinanziert“. Aber auch Sie sollten eine weitere Plutokratisierung nicht leichtfertig befördern, indem Sie vergiftete Investorenge-schenke wie das vorliegende bedenkenlos annehmen, die durchaus verzichtbar wären, wenn denn nur jeder angemessen Steuern zahlte. Denn bekanntlich gilt: There is no free lunch! Der Preis sind dauerhafte Abhängigkeit und ein schleichender Abschied von Rechtsstaat und Demokratie.

Als Fazit bleibt somit festzuhalten: Das Campusprojekt ist ein nicht nur überflüssiger, sondern auch höchst schadenstiftender Missgriff, der unverzüglich eingestampft gehört. Daher plädiere ich mit Nachdruck dafür, den Beschlussvorschlag abzulehnen. Vielen Dank!